



Alle 40 Sekunden rollt ein Lastwagen daher

Liechtenstein muss dem Druck aus Österreich, das LKW-Nachtfahrverbot aufzuheben, widerstehen. Vorarlberg soll und kann die Zollabfertigung anders organisieren.

Legitimen Schutz bieten wollte die liechtensteinische Regierung der Bevölkerung, die entlang der Strasse zum Zollamt Tisis-Schaanwald lebt. Deshalb hat sie 1999 ein verlängertes Lastwagen-Nachtfahrverbot eingeführt und erreicht, dass die LKW-Fahrzeiten trotz seither ausgedehnten Zollabfertigungszeiten bis heute gleich geblieben sind. Die Industrie- und Handelskammer klagte gegen das Fahrverbot und verlor. Der Staatsgerichtshof erklärte, das Verbot sei rechtmässig, denn es diene dem Schutz vor Lärm- und Luftbelastung, beuge

einer Verkehrszunahme vor und bewahre nur den Status quo, also den früher durch zollorganisatorische Massnahmen geschaffenen Zustand.

Nun wird erneut versucht, das Fahrverbot zu kippen. Denn unterhalb der Stadt Feldkirch (A) soll ein vierarmiges Tunnelsystem entstehen, mit dem die Lastwagen direkt von der Autobahn bis kurz vor die Grenze geleitet werden. Problematisch ist dies, weil sich aktuell die Lastwagen morgens vor der Grenze regelmässig so weit zurück stauen, dass der Stau in den Stadttunnel

hineinreichen würde. Das wäre unhaltbar.

Entgegengesetzte Interessen

Für Vorarlberg wäre die Aufhebung des verlängerten LKW-Nachtfahrverbots die günstigste Lösung. Für Liechtensteins Bevölkerung wäre es die schlechteste. Ihre Belastung ist bereits jetzt sehr hoch: An einem Wochentag rollt alle 40 Sekunden ein LKW vorbei. Zu 80 Prozent ist es inneralpiner Nord-Süd-Transitverkehr. Vier von fünf LKWs sind 40-Tönnner. Eine Ausweitung der Fahrzeiten um fünf Stunden, in Kombination mit der erleichterten Zufahrt durch den Tunnel, würde die Route deutlich attraktiver machen. Erheblicher Mehrverkehr wäre die Folge.

Dabei liegen die besseren Lösungen auf der Hand. Man könnte in Feldkirch das gleiche Fahrverbot wie in Liechtenstein einführen. LKWs könnten entlang der Autobahnen ausserhalb der Stadt parken und von dort staufrei zum Zollamt geleitet werden. Mit einem Binnenzollamt ausserhalb der Stadt liessen sie sich auf mehrere Zollämter verteilen.

Die Bevölkerung verdient in Feldkirch wie in Liechtenstein gebührenden Schutz vor den Immissionen des LKW-Transitverkehrs. Bessere, menschengerechte Lösungen kommen nur, wenn unsere Regierung auch diesmal klar Nein sagt.

Andrea Matt,

Gemeinderätin Mauren-Schaanwald